

Katholische Auslandsarbeit und deutsche Weltpolitik unter Wilhelm II.

Zur Stiftung der Dormition in Jerusalem (1898)

Von ERWIN GATZ

Als Wilhelm II. im Jahre 1898 anlässlich seiner Palästina-reise das Grundstück der sog. „Dormition de la Sainte Vierge“ auf dem Sion erwarb, auf dem nach der Überlieferung das Sterbehaus Mariens gestanden haben soll, und es dem Deutschen Verein vom Hl. Land zur dauernden Nutzung übergab, fand diese Geste ihr wohlkalkuliertes und vom Kaiser dringend erwartetes Echo¹. Denn obwohl die deutschen Katholiken ihm loyal und zunehmend sogar begeistert gegenüberstanden², mußte der Kaiser angesichts der damals neu aufbrechenden Paritätsdebatte³ um ihre politische

Ungedruckte Quellen

1. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn
Türkei 162: Die diplomatische Vertretung der Türkei im Ausland, Bde. 1–5 (1886 bis 1901), zit.: A 1–5
Türkei 175a: Die Christen in der Türkei (Katholische Kirche), Bde. 1–20 (1886–1901), zit.: B 1–20
Türkei 175g: Das Coenaculum und die Dormition de la Sainte Vierge, Bde. 1–8 (1897–1920), zit.: C 1–8
Die ebenfalls eingesehenen Aktenbände Gesandtschaft Rom–Vatikan 888, 889, 890, 892 enthalten größtenteils parallele Stücke, bieten jedoch nichts Neues.
2. Historisches Archiv des Erzbistums Köln
Cabinettsregistratur
II/19, Konferenz-Verhandlungen Fulda, Bd. XX (1898), zit.: D
3. Stadtarchiv Köln
1006: Nachlaß Bachem
Nr. 13, Palästina-Fahrt des Kaisers Wilhelm II. Okt.–Nov. 1898, zit.: E
4. Bistumsarchiv Trier
108, Nachlaß Korum, Nr. 328, zit.: F
5. Nachlaß L. Janssen im Besitz von E. Janssen, Aachen zit.: G

¹ Zur Orientreise des Kaisers: o. V., Das deutsche Kaiserpaar im Heiligen Lande im Herbst 1898... bearbeitet nach authentischen Berichten und Akten (Berlin 1899); ergänzend: B. v. Bülow, Denkwürdigkeiten 1 (Berlin 1930) 242–260; E. Lindow, Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897–1912 (Danzig 1934) 44–47; zur zeitgenössischen katholischen Sicht vgl.: o. V., Nach Rom und Jerusalem. Erste deutsche Männerwallfahrt im Jubel-Jahre 1900 (Köln 1902) 298–307. Über die Traditionen zum Jerusalemer Mariengrab: C. Kopp, in: ThGl 45 (1955) 81–94.

² Zum Verhältnis Wilhelm II. zu den deutschen Katholiken: R. Morsey, in: HJ 90 (1970) 40–43 (Lit.).

³ Zur Paritätsdebatte: K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie 6 (Köln 1929) 7–10.

Unterstützung besorgt sein. Die Motive der großzügigen Schenkung waren jedenfalls vielschichtig und diese bildete mehr als jene generöse Geste, als die die Zeitgenossen sie feierten. In dem Vorgang spiegelte sich zugleich die Problematik des Verhältnisses zwischen den deutschen Katholiken und Wilhelm II., der sich den religiösen Traditionen des Hauses Hohenzollern verbunden fühlte, gleichzeitig aber als Kaiser der Katholiken erscheinen wollte.

Schon die Zeitgenossen haben daneben um die außenpolitische Bedeutung der kaiserlichen Schenkung gewußt. Aber erst die politische Korrespondenz aus dem Auswärtigen Amt in Bonn, auf die unsere Darstellung sich zur Hauptsache stützt, dokumentiert ihre vielfältige Verflechtung mit der internationalen Politik. Daß dies in erster Linie für die Türkei gilt, versteht sich von selbst. Aber auch die Interessen Frankreichs, der traditionellen Protektorsmacht der lateinischen Christen im Orient, wurden durch die wachsende Präsenz des Deutschen Reiches berührt. Die Rücksichtnahme der Kurie auf das von delikaten kirchenpolitischen Problemen belastete Frankreich rief dann wiederum den Protest der Reichsregierung hervor.

Seit der Übernahme des Auswärtigen Amtes durch Bernhard von Bülow (1897) hatte Wilhelm II. sich entschieden der „Weltpolitik“ zugewandt und damit das Kaiserreich der Front der imperialistischen Staaten eingereiht⁴. Die weltweite Expansion des deutschen Einflusses, die vom Ausbau der Flotte begleitet wurde, sollte seitdem nach dem Willen des Kaisers zugleich als nationaler Integrationsfaktor alle politischen Parteien außer der Sozialdemokratie zusammenführen. Das Zentrum ließ sich diesem Konzept freilich nicht ohne weiteres einfügen, gab aber schließlich im März 1898 durch seine Stimme den Weg zum Ausbau der Flotte frei⁵. Wilhelm II. demonstrierte dagegen im Zeichen des deutschen Weltprestiges, das ein entscheidendes Motiv seiner Außenpolitik bildete, den Schutz katholischer Missions- und Auslandsinteressen. Schon 1899 hatte die Reichsregierung im Zusammenhang mit der Antisklavereibewegung katholische Missionsstationen in Deutsch-Ostafrika militärisch geschützt⁶. Als aber im November 1897 in der chinesischen Provinz Süd-Schantung zwei deutsche Missionare ermordet wurden, ging sie viel weiter. Sie erzwang nämlich von China nicht nur eine unverhältnismäßig große Wiedergutmachung sondern benutzte den Vorfall auch als willkommenen Vorwand, die Kiautschou-Halbinsel militärisch besetzen zu lassen und damit dem Reich die schon lange

⁴ Dazu jetzt: *P. Winzen*, Bülows Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897–1901 (= Schriften des Bundesarchivs 22) (Boppard 1977).

⁵ Dazu *K. Bachem* (Anm. 3) 5 (1929) 469–481.

⁶ Vgl. *H. Gründer*, „Gott will es“. Eine Kreuzzugsbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 28 (1977) 210–224. Der Autor stellt die bereits früher bekannte Tatsache, daß der deutsche Katholizismus über die Mission den Zugang zur Kolonialpolitik fand, noch einmal betont heraus.

angestrebte Einflußsphäre in China zu sichern⁷. Die Missionsleitung war sich der Problematik des lautstarken Schutzes bewußt, vermied es aber, sich offen auszusprechen. So nahm 1898 auch der Deutsche Verein vom Hl. Land die Hilfe des Kaisers für seine Interessen in Anspruch. Dabei unterstützte ihn der Breslauer Fürstbischof Kardinal Georg Kopp, der das schwierige Instrument der Kirchenpolitik im wilhelminischen Deutschland mit seltener Könnerschaft und Akkomodationsbereitschaft spielte.

Im katholischen Deutschland war das Interesse am Hl. Land um die Mitte des 19. Jahrhunderts neu aufgebrochen⁸. Seinen institutionalisierten Ausdruck fand das in der Gründung des „Verein vom Hl. Grab“ mit dem Sitz in Köln im Jahre 1855⁹. Dieser unterstützte das 1847 von Pius IX. wiederbegründete lateinische Patriarchat von Jerusalem und die Franziskanerkustodie und organisierte Pilgerreisen ins Hl. Land. Eine ganz andere Aufgabe hatte sich dagegen der 1885 ebenfalls im Erzbistum Köln gegründete „Palästina-Verein der Katholiken Deutschlands“ gesetzt¹⁰. Er sah, wie es im Gründungsaufwurf von 1879 hieß, seine Aufgabe darin, „für die Stärkung deutschen katholischen Wesens auf dem geheiligten Boden Palästinas“ Sorge zu tragen¹¹. Dieses Ziel ist auf dem Hintergrund des seit der Reichsgründung gewandelten Nationalbewußtseins zu sehen, das trotz des Kulturkampfes auch die preußischen Katholiken erfaßt hatte, obwohl es hier erst gegen Ende des Jahrhunderts voll zur Auswirkung kam. Die seit der Mitte der 80er Jahre zahlenmäßig anwachsende Gruppe deutscher Katholiken und die Institute des Palästina-Vereins haben sich von Anfang an um den diplomatischen Schutz des Reiches bemüht, womit die Frage nach der Reichweite des französischen Protektorates¹² aktuell wurde. Dieses ruhte z. T. auf einem vom Hl. Stuhl respektierten und bestätigten Herkommen, z. T. auf vertraglichen Vereinbarungen. Es war insofern von großer

⁷ P. Winzen (Anm. 4) 130–139; Fr. Bornemann, Arnold Janssen, der Gründer des Steyler Missionswerkes 1837–1909 (Steyl 1970) 338 f.; ders., Der selige P. J. Freinademetz 1852–1908. Ein Steyler China-Missionar (= Analecta SVD 36) (Rom 1976) 254–268.

⁸ Dazu V. Cramer, Ein Jahrhundert deutscher katholischer Palästina mission 1855 bis 1955 (= Palästinahefte des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande 49–51) (Köln 1956). Zu den bereits früher einsetzenden evangelischen Bemühungen vgl.: B. Karnatz (Hrsg.), Palästina und wir. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Jerusalemvereins (Berlin o. J. [1952]); K. Schmidt-Clausen, Die vorweggenommene Einheit. Die Gründung des Bistums Jerusalem im Jahre 1841 (= Arbeiten zur Geschichte und Theologie des Luthertums 15) (Berlin 1965); E. Roth, Preußens Gloria im Hl. Land. Die Deutschen in Jerusalem (München 1973) (journalistische Zusammenfassung ohne wissenschaftlichen Anspruch).

⁹ V. Cramer (Anm. 8) 10–24.

¹⁰ Ebd. 25–38. ¹¹ Zit. ebd. 28.

¹² Grundlegend: A. Bertola, Il protettorato religioso in Oriente e l'accordo 4 dicembre 1926 fra la Santa Sede e la Francia, in: ders., Scritti minori 3 (Turin 1967) 253–301; vgl. auch B. J. Slot, Diplomatieke bescherming van de katholieke Kerken in het Osmaanse Rijk 1600–1914, in: Het Christelijk Oosten 27 (1975) 96–112, dessen Interesse jedoch vornehmlich der älteren Zeit gilt.

praktischer Bedeutung, als die lateinischen Christen nicht vom Staatskirchenrecht der Türkei erfaßt sondern rechtlich als Ausländer betrachtet wurden. Ihre Vertretung gegenüber der Pforte nahm die französische Botschaft wahr, während der in Konstantinopel residierende päpstliche Delegat auf innerkirchliche Funktionen beschränkt und ohne amtliche Beziehungen zur Pforte blieb. Das französische Protektorat schloß jedoch nicht das Schutzrecht anderer Staaten für ihre im Osmanischen Reiche lebenden Untertanen aus. Leo XIII. hat angesichts der Zunahme europäischer Einwanderer am 22. Mai 1888 den lateinischen Patriarchen von Jerusalem Ludovico Piavi in einem zunächst streng geheim gehaltenen Schreiben darauf hinweisen lassen, daß die traditionellen Protektorate Frankreichs und Osterreichs (für Albanien und Ägypten) fortbestanden¹³. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Joseph M. von Radowitz, empfahl daher anlässlich einer der üblichen Streitigkeiten zwischen Orthodoxen und Franziskanern an den heiligen Orten, das Reich möge den deutschen Priestern seinen Schutz gewähren, die Rechte und Privilegien ihrer Klöster dagegen außer Betracht lassen¹⁴. Bismarck stimmte dem zu¹⁵. Dennoch bildete sich allmählich ein Schutzverhältnis gegenüber den vom Palästina-Verein unterhaltenen Instituten heraus. Darüber gibt ein Bericht des Jerusalemer Generalkonsuls Paul von Tischendorf vom Herbst 1889 nähere Auskunft¹⁶. Danach sah die Majorität des katholischen Klerus das französische Protektorat ungern, weil es nur noch politischen Zwecken diene. Dies ist auf dem Hintergrund der französisch-russischen Annäherung zu sehen, die 1894 zu einem förmlichen Bündnis führte. Frankreich verzichtete seitdem zugunsten Rußlands, das seit eineinhalb Jahrhunderten den Besitz Konstantinopels anstrebte, auf weitere Expansion im Orient und suchte statt dessen in Afrika und Asien einen Ausgleich. Aus diesen übergeordneten politischen Rücksichten widersetzte Frankreich sich auch nicht der massiven russisch-orthodoxen Mission bzw. Expansion in Palästina und insbesondere auch deren Ansprüchen an den heiligen Stätten. Nach Tischendorf interpretierten der lateinische Patriarch und die lateinischen Klöster das Protektorat lediglich als Schutzfunktion für die Ansprüche der Lateiner an den heiligen Stätten. Der französische Konsul Ledoulx postulierte dagegen ein Protektorat über sämtliche religiösen Institute und Ordensmitglieder, ganz unabhängig von ihrer Nationalität. Unter den in Palästina lebenden Ordensleuten bildeten Italiener die größte Gruppe. In beträchtlicher Zahl waren auch Franzosen vertreten, während Deutsche und Oösterreicher vergleichsweise wenig zahlreich waren.

Der Anspruch des französischen Generalkonsuls auf ein umfassendes Protektorat über die Anstalten des Palästina-Vereins führte 1892 zu einem

¹³ Abschrift: B 2; vgl. auch ASS 31 (1898/99) 194, Anm.

¹⁴ 15. Oktober 1888 Radowitz an Ausw. Amt; B 2.

¹⁵ 17. Oktober 1888 Bismarck an Radowitz; B 2.

¹⁶ 26. Oktober 1889 Tischendorf an Radowitz; B 3.

Zusammenstoß. Da sich nämlich die in den Anstalten des Vereins tätigen Lazaristen P. Wilhelm Schmidt und P. Heinrich Richen der Anerkennung des französischen Protektorates widersetzen, versuchte die französische Regierung auf den in Paris residierenden General der Lazaristen Druck auszuüben, damit er die beiden Priester abberufe¹⁷. Der Vorsitzende des Palästina-Vereins, Landrat z. D. Leopold Janssen (Burtscheid), wandte sich daraufhin mit einem Hilfsersuchen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein¹⁸. Janssen hatte im Kulturkampf als dezidiertes Mitglied schwere Laufbahn Nachteile erfahren, war aber dennoch ein begeisterter Patriot. Die Erfahrungen mit den französischen Ansprüchen haben den begeisterten Liebhaber des Hl. Landes in der Folge in diesem Patriotismus bestärkt. Janssen beklagte jedenfalls in dem erwähnten Schreiben, „daß bislang die Vertretung aller katholischen Angelegenheiten im Orient in der Hand Frankreichs“ liege und die deutschen Katholiken dadurch von der Teilnahme „an der Wiederaufrichtung Palästinas“ zurückgedrängt würden. Deren Absicht sei es, „eine der Würde und Bedeutung ihres Vaterlandes entsprechende Geltung im Hl. Lande zu verschaffen und selbständige Werke christlicher Devotion in Palästina zu errichten.“ Angesichts der französischen Pressionen bat er die Reichsregierung „um Schutz und Hilfe“. „Es handelt sich in der Tat um das Ansehen des deutschen Namens im Morgenland, es handelt sich um den ungehinderten Fortbestand eines Werkes, welches fruchtbringend nach vielen Seiten gewirkt und namentlich das nationale Selbstgefühl der Deutschen im Orient gehoben und ihre Stellung unter den dortigen europäischen Elementen gestärkt hat.“

Marschall erbat sofort Bericht von Tischendorf und wies ihn an: „Lassen Sie dort keinen Zweifel bestehen, daß wir diese ausschließlich deutschen Anstalten auch ferner als unter unserem Schutz stehend betrachten werden.“¹⁹ Für diesen Standpunkt gewann er auch die Unterstützung der Pforte²⁰. Die Reichsregierung leistete jedoch nicht nur in Jerusalem örtlichen Widerstand gegen das französische Drängen, sie versuchte auch auf diplomatischem Weg die Kurie gegen eine Abberufung der beiden gefährdeten Ordensleute zu gewinnen²¹. Der preußische Gesandte beim Hl. Stuhl, Kurd von Schlözer, der in Rom über ausgezeichnete Beziehungen verfügte²², trug Kardinal Mieczyslaw von Ledóchowski, dem als Präfekten

17 Einschlägige Korrespondenzen in B 5 und G.

18 21. Mai 1892 Janssen an Marschall; B 5.

19 2. Juni 1892 Marschall an Tischendorf; B 5.

20 9. Juni 1892 Radowitz an Ausw. Amt; B 5.

21 10. Juni 1892 Marschall an Schlözer; B 5.

22 Dazu: *Chr. Weber*, *Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888* (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B 7) (Mainz 1970) und: *ders.*, *Quellen und Studien zur Kurie und zur vatikanischen Politik unter Leo XIII.* (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 45) (Tübingen 1973).

der Propaganda die Orientmission unterstand, die Angelegenheit vor Ledóchowski, den die preußische Regierung 1874 zwangsweise seines Amtes als Erzbischof von Gnesen und Posen enthoben und der danach eine zwei-jährige Gefängnisstrafe wegen Vergehens gegen die Maigesetze abgebußt hatte, war seit der Versöhnungsära des Reichskanzlers Caprivi zum echten Freund Deutschlands geworden. Nach dem Tode Hergenröthers (1890) war er paradoxerweise mehrere Jahre lang der einzige „deutsche“ Kurienkardinal²³. Ihn also schaltete Schlözer ein und drohte handfest mit der Einstellung deutscher Finanzhilfen für die Missionszentrale in Lyon, falls die französische Forderung nicht aufgegeben werde²⁴. Der General der Lazaristen, bei dem letztlich die Entscheidung lag, war freilich auch nicht ganz frei, denn seine Genossenschaft erhielt von der französischen Regierung bedeutende Zuschüsse für ihre Auslandsarbeit und war daher auf deren Wohlwollen angewiesen. Da Ledóchowski keinen plausiblen Grund für die Abberufung der beiden Ordensleute anerkannte, konnten diese schließlich in Jerusalem bleiben²⁵. P. Schmidt sollte dort noch eine wichtige Rolle spielen.

Ähnlich verlief der Versuch des französischen Vizekonsuls in Haifa, der das dortige Hospiz der Borromäerinnen dazu veranlassen wollte, an Festtagen nicht die deutsche sondern die französische Flagge aufzuziehen²⁶. Auch diese Forderung wurde mit Unterstützung der Reichsregierung abgelehnt. Über die Motive für diese Hilfe gibt ein Telegramm Aufschluß, das Marschall damals an den Botschafter in Paris richtete²⁷. Darin heißt es: „Auf die deutschen Katholiken wird es einen guten Eindruck machen, wenn sie erfahren, daß die Regierung sich der deutschen katholischen Interessen im Orient mit Wärme annimmt.“ In der Ära Caprivi spielte dieser Gesichtspunkt eine wichtige Rolle. Die Pforte hat bei diesen und bei einigen ähnlichen Zwischenfällen stets die Auffassung des Reiches unterstrichen. Auch bei der Kurie konnten die preußischen Gesandten bzw. Kardinal Kopp, die Schlüsselfigur des zeitgenössischen preußischen Katholizismus, diesem Standpunkt stets Geltung verschaffen, obwohl dort das französische Protektorat formell nie in Frage gestellt wurde. Die Reichsregierung verwandte sich bei der Kurie auch wiederholt für den Verbleib des Patriarchen Piavi in Jerusalem, da dieser ein Gegengewicht gegen die Franzosen bildete.

Die Verschmelzung des Vereins vom Hl. Grab und des Palästina-Vereins, die sich 1895 nach schwierigen Verhandlungen zum „Deutschen Verein

²³ Zu Ledóchowski: E. Gatz (Hrsg.), Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914. Aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe A 21) (Mainz 1977) Reg.

²⁴ So 16. Juni 1892 Schlözer an Caprivi; B 6.

²⁵ 26. Juni 1892 Schlözer an Caprivi; B 6.

²⁶ 9. Juni 1892 Bertrand an Oberin von Haifa; B 8. Ebd. begleitender Schriftwechsel.

²⁷ [...] August 1892 Ausw. Amt an Münster; B 7.

vom Hl. Land“ zusammenschlossen, hat dann das Gewicht der deutschen Präsenz in Palästina noch gestärkt²⁸. Die Reichsregierung nahm sich der Vertretung des neuen Vereins gern an. Dabei gingen die Verpflichtung zum Schutz der deutschen Auslandsinteressen und die demonstrative Fürsorge für den katholischen Volksteil mit dem Wunsch nach einer möglichen Zurückdrängung des französischen Einflusses Hand in Hand. Die Entsendung von Staatssekretär Marschall als Botschafter nach Konstantinopel im Jahre 1897 markierte den Beginn einer neuen, vor allem wirtschaftspolitischen Hinwendung Deutschlands zum Osmanischen Reich²⁹. Ausschlaggebend für den weiteren Gang der deutsch-türkischen Beziehungen wurde jedoch erst die Orient- und Palästina-reise Wilhelms II. im Oktober/November 1898, die das Vertrauensverhältnis zwischen dem deutschen Kaiser und Sultan Abdulhamid fest begründete und auch das hohe deutsche Ansehen am Bosphorus, das durch politische Gewinnabsichten unbelastet war, weiter befestigte.

Den unmittelbaren Anlaß zu dieser seit 1897 geplanten primär religiös motivierten Reise bildete die Teilnahme des Kaisers an der Einweihung der evangelischen Erlöserkirche in Jerusalem. Evangelischerseits wollte man die Anwesenheit des Kaisers im Orient naturgemäß zu einer „bedeutsamen evangelischen Manifestation“ gestalten³⁰, und dies ist auch geschehen. Rücksichten auf den katholischen Volksteil ließen es jedoch geraten erscheinen, in Jerusalem auch die katholische Seite angemessen zu berücksichtigen. Dieses Anliegen war schon auf dem Landshuter Katholikentag von 1897 zum Ausdruck gekommen, wo der Vorschlag gemacht worden war, der Kaiser möge sich für eine Rückgabe des für die Christen an Erinnerungen reichen Coenaculum verwenden³¹. Sultan Soleiman II. hatte dieses Gebäude, in dem der Überlieferung nach Christus nicht nur das letzte Abendmahl gefeiert sondern auch das Bußsakrament gestiftet hatte, 1551 den Christen fortgenommen. Seitdem durften diese dort nicht einmal mehr ein Gebet sprechen.

Am 29. November 1897 wiederholte Julius Bachem in der Kölnischen Volkszeitung die Hoffnung auf Rückgabe dieser Stätte³². Der Hl.-Land-Verein wandte sich auch noch mit einem anderen Anliegen an das Auswärtige Amt. Am 12. Dezember 1897 legte Janssen Staatssekretär von Bülow dar, daß der seit 1889 amtierende Piavi, der zuverlässigste Freund der Deutschen in Palästina, gefährdet sei³³. Französische Bemühungen um

²⁸ V. Cramer (Anm. 8) 38. Ausführliche Dokumentation: G.

²⁹ Dazu: E. Lindow (Anm. 1).

³⁰ 27. August 1897 Barkhausen an B. Bülow; B 11.

³¹ Verhandlungen der 44. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Landshut 29. August bis 2. September 1897 (Landshut 1897) 310–315.

³² Ausschnitt: B 11.

³³ 12. Dezember 1897 Janssen an B. Bülow; B 11. Zur Person: A. Perrin, Centenaire du Patriarchat Latin de Jérusalem 1847–1947 (Jerusalem o. J. [1947]) 20–22.

seine Abberufung schienen damals zum Erfolg zu führen. Bülow sagte seine Unterstützung zu und ließ Kopp, der wenig später eine Romreise antrat, bitten, sich für das Verbleiben Piavis einzusetzen³⁴. Außerdem bat er Marschall, sich bei der Pforte im gleichen Sinn zu bemühen³⁵, während eine von dem österreichischen Botschaftsrat Johannes de Montel vorgeschlagene Gemeinschaftsaktion mit Österreich-Ungarn zugunsten des Patriarchen³⁶ nicht zustande kam, da Wien sich am Bosphorus zurückhielt. Als der preußische Gesandte beim Hl. Stuhl, Otto von Bülow, dann am 21. Februar berichtete, Piavi sei bereits abberufen³⁷, ließ der Staatssekretär noch einmal bei der Kurie auf den Verbleib des Patriarchen drängen³⁸, während Marschall einen herben, aber ungerechten Tadel dafür erhielt, daß es ihm nicht gelungen war, sich in dieser Sache bei der Pforte durchzusetzen³⁹. Marschall wies nun zwar diesen Vorwurf mit einleuchtenden Argumenten zurück, lenkte aber die Aufmerksamkeit Berlins zugleich auf die Möglichkeiten eines künftigen kirchenpolitischen Engagements. Am 25. Februar schrieb er an Friedrich von Holstein⁴⁰: „Zu den mannigfachen wichtigen Aufgaben, welche der deutschen Politik in der Türkei gestellt sind, gehört auch die Bekämpfung des Einflusses, den Frankreich sich in den kirchlichen Angelegenheiten der römisch-katholischen Christen in der Türkei und damit indirekt auch in politischen Fragen erworben hat.“ Dieser Protektoratsanspruch, so führte er aus, sei faktisch ausgehöhlt, seitdem sich die deutschen Institute dem Schutz des Reiches unterstellt hätten. „Der Papst selbst wird ja aus politischen Gründen niemals einen positiven Schritt gegen das französische Schutzrecht unternehmen, aber er wird den faktischen Zusammenbruch desselben um so eher anerkennen, als nach manchen Ansichten zu urteilen, ihm die französische Vormundschaft schon öfter unbequem geworden ist, und die schwächliche Haltung der französischen Regierung auch kirchliche Interessen ernstlich bedroht.“ Dank seines politischen Einflusses in der Türkei sei das Reich durchaus in der Lage, für seine Staatsangehörigen an die Stelle der französischen Schutzmacht zu treten. Auf die Personalpolitik der lateinischen Kirche in der Türkei lasse sich freilich wegen deren rechtlicher Sonderstellung über die Pforte kein Einfluß ausüben. Überall, wo kirchliche oder materielle Interessen der in der Türkei lebenden Deutschen zur Debatte stünden, sei die Hilfe der Pforte dagegen möglich.

³⁴ So 21. Dezember 1897 Hatzfeld-Trachenberg an B. Bülow; B 11.

³⁵ 10. Januar 1898 Ausw. Amt an Marschall; B 12.

³⁶ So 26. Januar 1898 O. Bülow an Hohenlohe; B 12.

³⁷ 21. Februar 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; B 12.

³⁸ 22. Februar 1898 B. Bülow an O. Bülow; B 12.

³⁹ 23. Februar 1898 Marschall an B. Bülow und 24. Februar 1898 B. Bülow an Marschall; B 12.

⁴⁰ 25. Februar 1898 Marschall an Holstein; B 12.

Die Nachricht von der Abberufung Piavis war bereits in Berlin eingetroffen, als Kopp dem Staatssekretär am 26. Februar persönlich eine Denkschrift über den deutschen Verein vom Hl. Land überreichte, in der er u. a. noch einmal hervorhob, daß der lateinische Patriarch damals die einzige Stütze der deutschen Institute und Geistlichen in Palästina und seine Abberufung somit für diese höchst nachteilig war⁴¹. Es gelang dem einflußreichen Kardinal dann, Leo XIII. während seines Romaufenthaltes für eine Suspension der schon beschlossenen Abberufung zu gewinnen⁴². Bülow ließ daraufhin die Kurie wissen, Wilhelm II. „als politischer Schutzherr der deutschen katholischen Interessen im Hl. Lande“ danke für dieses Entgegenkommen und hoffe, daß man Piavi definitiv auf seinem Posten belasse⁴³.

Während sich die Reichsregierung in diesem personalpolitischen Punkt durchsetzen konnte, gelang ihr das auf einem anderen Gebiet nicht. Am 4. März 1898 telegraphierte Marschall, nach Ankunft von Außenminister Tewfik Pascha habe Leo XIII. vertraulich sondieren lassen, ob der Sultan geneigt sei, einen diplomatischen Vertreter an die Kurie zu entsenden⁴⁴. Der Papst hatte schon ein Jahrzehnt zuvor den Wunsch nach Errichtung einer Nuntiatur am Bosphorus geäußert, um das drückende französische Protektorat auszuhöhlen, doch waren vorsichtige Sondierungen damals auf den energischen Widerstand Frankreichs gestoßen⁴⁵. Marschall erkannte sofort die Tragweite der Angelegenheit und gab Tewfik Pascha zu verstehen, angesichts der vielen Lateiner im Osmanischen Reich seien diplomatische Beziehungen mit der Kurie normal. Gegenüber dem Auswärtigen Amt strich er dagegen die Minderung des französischen Einflusses heraus: „Die Entsendung eines türkischen Vertreters an den Päpstlichen Stuhl würde daher von weittragender Bedeutung für die Stellung der Lateinischen Kirche sein und jene französischen Präntentionen schwer treffen.“

In Berlin verlor man nun kostbare Zeit. Denn obwohl Bülow die Auffassung Marschalls teilte⁴⁶, machte doch erst eine Denkschrift Hol-

⁴¹ B 12 mit Vermerk von B. Bülow: „mir von Kard. Kopp am 26. 2. 1898 übergeben.“

⁴² 20. März 1898 Kopp an O. Bülow; B 12. Einen etwas anderen Zeitablauf nennt: 26. März 1898 Tischendorf an B. Bülow. Danach hatte Piavi schon am 27. Februar 1898 die Weisung erhalten, vorerst nicht nach Rom abzureisen; B 12.

⁴³ 23. März 1898 B. Bülow an O. Bülow; B 12. Piavi behielt das Jerusalemer Patriarchat bis zu seinem Tod am 24. Januar 1905.

⁴⁴ 4. März 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

⁴⁵ Zusammenfassend: 22. März 1898 Holstein; A 3. Über päpstliche Bemühungen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen in den Jahren 1847–48: *E. de Leone*, *L'Impero Ottomano nel periodo delle riforme (tanzîmât). Secondo fonti italiani* (Mailand 1967) 157–164. *L. Biskupski*, *L'origine et l'histoire de la représentation officielle du Saint Siège en Turquie (1204–1967)* (Istanbul 1968) ist unbrauchbar.

⁴⁶ 21. März 1898. B. Bülow an Marschall; A 3.

steins klar, wie weiter zu verfahren sei⁴⁷. Danach konnte der Sultan entweder mit den interessierten Regierungen – neben dem Deutschen Reich waren das vor allem Österreich-Ungarn, Italien und Spanien – verhandeln, was naturgemäß viel Zeit in Anspruch genommen hätte, oder er konnte durch die möglichst schnelle Ernennung eines diplomatischen Vertreters Paris überrumpeln. Nach seiner Meinung sollte Wilhelm II. den Sultan in seinem Vorhaben ermuntern. Diese Anregung griff Bülow sofort auf, und einen Tag später konnte er an Marschall telegrafieren, der Kaiser halte „die Einrichtung eines direkten diplomatischen Verkehrs zwischen dem Sultan und dem Papst . . . im Interesse des Sultans für dringend wünschenswert.“⁴⁸ Er empfahl zugleich Beschleunigung, damit Paris die Kurie nicht unter Druck setze. Über den Gesandten beim Hl. Stuhl ließ er auch Kopp und durch diesen den Papst informieren, der sich über die Berliner Intervention erfreut zeigte⁴⁹. Kopp antwortete dem Staatssekretär, „der Papst setzt die größten Hoffnungen auf Ihre leitende und beratende Tätigkeit und glaubt namentlich auch Ihres vollen Verständnisses von seiner schwierigen Lage, namentlich Frankreich gegenüber, sicher zu sein.“⁵⁰

Die Sorge vor französischen Pressionen veranlaßte die Reichsregierung nun, den Sultan noch einmal ganz gegen dessen Tendenz zur dilatorischen Behandlung aller wichtigen Fragen zur schnellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu drängen⁵¹. Marschall antwortete darauf, Abdulhamid habe die Errichtung einer diplomatischen Vertretung prinzipiell beschlossen⁵². Diese wichtige Grundsatzentscheidung kommentierte er folgendermaßen: „Der Beschluß des Sultans, sich beim Hl. Stuhle diplomatisch vertreten zu lassen, kann, wenn seine Ausführung nicht noch in letzter Stunde vereitelt wird, von weit tragenden Folgen begleitet sein, die sich keineswegs auf das kirchliche Gebiet beschränken.“ Für die Pforte sei nämlich die fortwährende Einmischung Frankreichs in türkische Angelegenheiten, die unter dem Vorwand des Protektorates geschähen, auf die Dauer unerträglich. Vom juristischen Standpunkt aus sei das Protektorat, soweit es sich auf Nichtfranzosen erstreckt, ein „Unding“, denn „das Recht, die eigenen Untertanen im fremden Lande zu vertreten“, stehe „jedem selbständigen Staate zu . . . Wer die Entsendung eines türkischen Vertreters zum Hl. Stuhl bekämpft, tastet also die Souveränität des Sultans an.“

47 22. März 1898 Holstein; A 3.

48 23. März 1898 B. Bülow an Marschall; A 3.

49 23. März B. Bülow an O. Bülow (B 12) und 24. März 1898 Kopp an O. Bülow (A 3): „Mit nicht geringer Freude nahm seine Heiligkeit die Mitteilung über die Intervention Seiner Majestät bei dem Sultan auf.“

50 28. März 1898 Kopp an B. Bülow; B 12.

51 28. März 1898 B. Bülow an Marschall; A 3.

52 29. März 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

Am 3. April teilte Marschall mit, Abdulhamid habe Morel Bey, derzeit Botschaftsrat in Berlin, für den römischen Posten ausersehen⁵³. Dieser Vorschlag fand jedoch in Berlin keine Gegenliebe, da der Designierte als indiskret galt und überdies als lateinischer Katholik keine ausreichende Distanz gegenüber der Kurie wahren könne⁵⁴. Auch die Reichsregierung schreckte also nicht vor jener Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei zurück, die sie Frankreich vorwarf. Denn obwohl sie dem Sultan natürlich nur einen personalpolitischen „Rat“ geben konnte, erhob sie tatsächlich massiven Einspruch gegen Morel Bey, obwohl ein solcher nur dem Papst zugestanden hätte. Infolgedessen zog sich die Personaldebatte noch einige Zeit hin. Währenddessen hatte O. v. Bülow auftragsgemäß Kardinalstaatssekretär Rampolla über die schwebenden Verhandlungen informiert, doch gab dieser sich äußerst reserviert⁵⁵, während Ledóchowski großes Interesse zeigte⁵⁶. Wenig später sickerte dann die ohnehin erstaunlich lange geheim gehaltene Angelegenheit durch, und am 15. April berichteten mehrere Zeitungen, die Einrichtung der Gesandtschaft stehe unmittelbar bevor⁵⁷.

Unterdessen blieb die französische Regierung nicht untätig. Ihr Botschafter in Konstantinopel wies zunächst nur darauf hin, seine Regierung werde keinen Nuntius am Bosphorus dulden⁵⁸. Davon war freilich bis dahin auch gar keine Rede gewesen. Abdulhamid hatte ja nur daran gedacht, wie Preußen und Rußland einseitig einen Vertreter bei der Kurie zu akkreditieren. Der französische Außenminister G. Hanotaux erklärte dem türkischen Botschafter dagegen unumwunden, seine Regierung werde sich mit allen Mitteln gegen die Entsendung eines türkischen Vertreters an den Hl. Stuhl wenden⁵⁹. Die Reichsregierung wies dagegen die Pforte immer wieder darauf hin, daß das Gesandtschaftsrecht zu den „unveräußerlichen Souveränitätsrechten eines jeden Staates gehöre und daß jede Macht, die dieses Recht bestreite, an die Substanz der Staatlichkeit rühre“⁶⁰. Außerdem suchte sie dem Sultan deutlich zu machen, welchen „Zuwachs an Macht und Unabhängigkeit“ er durch das, wenn auch nicht voll ausgebaute Gesandtschaftswesen gewinne. Abdulhamid war denn auch, nachdem er einmal den Beschluß gefaßt hatte, bereit, ihn durchzuführen. Da sein erster Kandidat nicht die Zustimmung Berlins gefunden hatte, benannte er Assim Bey, bis 1897 Gesandter in Athen und vorher lange Generalkonsul

53 3. April 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

54 4. April 1898 B. Bülow an Marschall; A 3.

55 2. April 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; A 3.

56 11. April 1898 B. Bülow an O. Bülow und 12. April 1898 O. Bülow an B. Bülow;

A 3.

57 Belege: A 3.

58 16. April 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

59 16. April 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

60 Z. B. 15. April 1898 B. Bülow an Marschall; A 3.

in Budapest⁶¹. Ihn präsentierte er über den Delegaten Agostino Bonetti in Konstantinopel, dessen sich Leo XIII. bereits bei seinen ersten Kontakten bedient hatte, dem Papst.

Während man in Berlin also über die einzelnen Schritte der Pforte und die prinzipielle Reaktion der französischen Regierung gut unterrichtet war, blieb die Haltung der Kurie offen. Denn eine Anregung des Papstes mußte unter Leo XIII. nicht ohne weiteres mit der offiziellen Linie des Hl. Stuhles kongruieren, da dieser Papst häufig unabhängig, ja mitunter gegen seinen Staatssekretär agierte⁶². Am 18. April telegraphierte O. v. Bülow, de Montel halte es „für gänzlich ausgeschlossen, daß türkischer Vertreter hier angenommen werden könnte“⁶³. Nach seinen Informationen hatte sich Leo XIII. seinerzeit durch den türkischen Generalkonsul in Rom dazu bewegen lassen, ohne Wissen seines Staatssekretärs in Konstantinopel zu sondieren. „Kardinal Rampolla, vom französischen Botschafter stark beeinflußt und Verstimmung des höheren französischen Klerus fürchtend, wird unerschütterlichen Widerstand leisten.“ Falls aber – so de Montel – die Kurie wider alles Erwarten dennoch auf die Errichtung diplomatischer Beziehungen mit Konstantinopel eingehe, würde sich die Spannung mit Frankreich noch mehr steigern. Die französische Presse berichtete jedenfalls damals, Leo XIII. sei bzgl. seiner Sondierungen auf einen Vorschlag des türkischen Generalkonsuls hereingefallen. Tatsächlich entsprach die Schaffung solcher Beziehungen jedoch durchaus den Ideen des Papstes, der damit zugleich seinen eigenen Souveränitätsanspruch unterstreichen wollte. Im übrigen hatte de Montel die Lage klar beurteilt. In Berlin wogen seine Äußerungen diesmal jedoch wenig und B. v. Bülow wollte daraus nur soviel entnehmen, daß Österreich keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und dem Hl. Stuhl wünsche, da es um sein eigenes Protektorsratsrecht in Albanien fürchtete⁶⁴.

Nachdem Abdulhamid seinen Kandidaten amtlich präsentiert hatte, lag die Entscheidung in Rom. Und diese suchte Staatssekretär Bülow nun mit allen Mitteln zu beeinflussen. Dazu reichte der normale diplomatische Kanal jedoch nicht aus. Wie so oft wurden daher auch jetzt wieder allerlei Nebenwege eingeschlagen. Den Auftakt machte der Zentrumsabgeordnete Franz Ludwig Prinz von Arenberg, der als Experte auf dem Gebiet der Kolonial- und auswärtigen Politik galt. Am 19. April wandte er sich nach sorgfältiger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt an Ledóchowski⁶⁵. Daß das Reich sich dieses Vermittlungsmannes bedienen mußte, um seinen Einfluß geltend zu machen, zeigt eindrucksvoll, wie schwach seine Position

⁶¹ 16. April 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 3.

⁶² Dazu *Chr. Weber*, Quellen und Studien (Anm. 22) 68–208.

⁶³ 18. April 1898 B. Bülow an Ausw. Amt; A 3.

⁶⁴ 19. April 1898 B. Bülow an O. Bülow; A 3.

⁶⁵ 19. April 1898 Arenberg an Ledóchowski; A 3.

bei der Kurie nach dem Fortgang Schlözers war. Arenberg wies in seinem langen Schreiben vor allem darauf hin, daß Leo XIII. persönlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gewünscht und die Hilfestellung Deutschlands dafür dankbar begrüßt habe. Sich jetzt von dem Projekt zurückzuziehen, heiße Abdulhamid und Wilhelm II. brüskieren. Aber de Montels Vorhersage, daß Ledóchowski bei Leo XIII. nichts durchsetzen werde, bewahrheitete sich. Der Papst nahm dessen Darlegungen zwar interessiert zur Kenntnis, wollte die Entscheidung aus Opportunitätsgründen jedoch noch hinausschieben⁶⁶. Wenig später wußte der Gesandte zu berichten, Rampolla habe dem französischen Botschafter zugesagt, die Kurie werde einem türkischen Vertreter kein Agrément erteilen⁶⁷.

In dieser fast aussichtslosen Situation unternahm die Reichsregierung einen letzten Versuch, um mit Hilfe Janssens den Papst doch noch in ihrem Sinne zu beeinflussen. Für ihn skizzierte Holstein den Hergang der Verhandlungen noch einmal⁶⁸. Dabei ließ er freilich das außenpolitische Anliegen des Reiches, nämlich die Mehrung seines Einflusses zu Lasten Frankreichs im Orient, ganz außer Betracht und stellte die früheren Bemühungen als unpräzedenhaften Dienst an den kirchlichen Interessen dar. So behauptete Holstein denn auch, der Autoritätsverlust Leo XIII. sei unabsehbar, wenn die von ihm selbst eingeleitete Aktion jetzt im Sande verlaufe.

Als Janssen in Rom eintraf, waren die Erwartungen des Gesandten und seiner Kontaktleute auf den Nullpunkt abgesunken. Die päpstliche Verzögerungspolitik war für sie ein maskierter Rückzug⁶⁹. Am 10. Mai empfing Leo XIII. Janssen in Privataudienz⁷⁰. Er zeigte sich sehr interessiert, wies aber darauf hin, daß er Rücksicht auf Frankreich nehmen müsse, dessen Katholiken sich in schwieriger Lage befänden. Dabei ließ er auch die enormen finanziellen Opfer der französischen Katholiken für die Mission wie für den Hl. Stuhl anklingen. Finanzielle Erwägungen haben in der Tat in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt, denn die aus Frankreich eingehenden Spenden waren seit der Hinwendung Leos XIII. zur Republik spürbar zurückgegangen, und eine weitere Verstimmung Frankreichs konnte auch in dieser Hinsicht unabsehbare Folgen haben⁷¹. Der Papst gab Janssen andererseits zu verstehen, er hoffe, bald einen türkischen Vertreter empfangen zu können, doch wünsche er, nicht

⁶⁶ 22. April 1898 Ledóchowski an Arenberg und 23. April 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; A 4.

⁶⁷ 24. April 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; A 4.

⁶⁸ 27. April 1898 Denkschrift von Holstein; A 4.

⁶⁹ 1. Mai 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; A 4.

⁷⁰ Darüber 10. Mai 1898 O. Bülow an Ausw. Amt; A 4.

⁷¹ Am 25. Mai 1898 berichtete O. Bülow an Hohenlohe, der Hl. Stuhl habe einen jährlichen Finanzbedarf von 5 Mio. frs. Davon kämen 2 Mio. aus französischen Spenden. A 4.

gedrängt zu werden. Daraufhin stieg die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang bei den deutschen Interessenten wieder⁷². Als Leo XIII. dann gar durch Bonetti dem Sultan mitteilen ließ, er akzeptiere dessen Kandidat Assim Bey, bitte aber darum, mit der Entsendung noch einige Monate zu warten^{72a}, hielt B. v. Bülow die Angelegenheit für durchgestanden. Am 21. Mai schrieb er an Kopp: „Die durch Msgr. Bonetti übermittelte prinzipielle Annahme des türkischen Vertreters macht es unmöglich, daß der Hl. Vater jetzt noch den nicht nur dem Sultan sondern auch S. M. unserem allergnädigsten Herrn gegenüber bekundeten Wunsch nach Herstellung eines direkten diplomatischen Verkehrs mit dem Oberhaupt des Islam etwa aus Rücksicht auf französische Empfindlichkeit desavouiert.“⁷³ Diese Zuversicht wurde freilich einen Monat später wieder getrübt, als O. v. Bülow berichtete, nach de Montel habe Bonetti durchblicken lassen, Rom sei nicht ernstlich gewillt, die diplomatischen Beziehungen zustandekommen zu lassen⁷⁴. Im übrigen sei der französische Botschafter bei der Kurie angewiesen, Rom demonstrativ zu verlassen, falls ein türkischer Vertreter beim Papst beglaubigt werde. Am 25. Juli bat Janssen dann noch einmal, zugleich im Namen von Kardinal Kremenzen, dem Protektor des Hl. Land-Vereins, Leo XIII. um die Aufnahme der erhofften diplomatischen Beziehungen⁷⁵. Am 14. September ließ dieser jedoch durch den Münchener Nuntius Benedetto Lorenzelli antworten, die Frage sei so delikats, daß man ihm volle Freiheit lassen müsse⁷⁶. Im diplomatischen Sprachgebrauch war das eine Absage. Janssen verstand diese jedoch nicht.

Die Vertreter des deutschen Katholizismus hatten in der Frage deutscher Präsenz und deutschen Einflusses im Orient ebenso wie die katholische Presse die Reichsregierung rückhaltlos unterstützt. Daher kam diese ihrerseits den Katholiken entgegen. In der bereits früher erwähnten Denkschrift über den Hl. Land-Verein, die Kopp Staatssekretär Bülow im Februar 1898 vor Antritt seiner Romreise überreicht hatte⁷⁷, war ausführlich von dem geplanten Erwerb des Coenaculum die Rede gewesen: „Daneben aber hält der Verein des Hl. Landes eine Erwerbung für eine Lebensfrage für ihn und zugleich für den größten Triumph des deutschen Prestiges. Es handelt sich um das Coenaculum und den Platz neben demselben, Dormition de la Sainte Vierge. Bereits vor drei Jahren hat der Verein des Hl. Landes mit dem Auswärtigen Amt in Berlin darüber verhandelt, dabei hat sich ergeben, daß wohl der Platz Dormition de la Ste. Vierge zu haben wäre, aber die Zustimmung des Sultans zu dem Ankaufe des Coenaculums

⁷² 20. Mai 1898 Aktennotiz von Holstein; A 4.

^{72a} 20. Mai 1898 Marschall an Ausw. Amt; A 4.

⁷³ 21. Mai 1898 B. Bülow an Kopp; A 4.

⁷⁴ 30. Juni 1898 O. Bülow an Hohenlohe; A 4.

⁷⁵ 25. Juli 1898 Janssen an Leo XIII., nebst weiteren einschlägigen Dokumenten: A 4.

⁷⁶ So 3. Oktober 1898 Janssen an B. Bülow; A 5.

⁷⁷ Vgl. o. S. 31.

kaum zu erreichen sei, da sich unter demselben das Grab Davids, ein muselmännisches Heiligtum befinde.“ Der Verein bitte die Reichsregierung daher um ihre Vermittlung bei dem Ankauf, für den er keine Kosten scheue.

Dieser Bitte hatte Kopp sich nachdrücklich angeschlossen und zugleich auf einige politische Aspekte der bevorstehenden Reise hingewiesen, die die kaiserliche Vermittlung bei dem geplanten Erwerb doppelt wünschenswert machten: „Wenn auch die Reise Sr. Majestät durch die Einweihung einer protestantischen Kirche veranlaßt ist, so darf doch diese weder als der alleinige Reisezweck gelten, noch darf auch dieser Zweck zu sehr hervortreten, weil auf allen Seiten Schwierigkeiten entstehen würden, falls Se. Majestät als protestantischer Fürst lediglich zu einer protestantisch-kirchlichen Feier auftreten würde. Es wäre zu befürchten, daß nicht allein die Schismatiker, sondern auch die Katholiken sich fernhalten und die Franzosen und ihre Freunde diese Situation zum Nachteil des deutschen Einflusses ausnützen würden. Nur dann wird der Nimbus des deutschen Kaisers in gebührendem Maße hervortreten, wenn Se. Majestät die Einweihung der protestantischen Kirche nur als einen Teil des Reiseprogramms betrachten und hinstellen, sonst aber als deutscher Kaiser, als Vertreter von Protestanten und Katholiken nach außen sich kennbar machen und als solcher mit dem denkbar größten Festgepränge von allen Seiten empfangen werden. Ich werde dafür Sorge tragen, daß beim Empfang Sr. Majestät nicht allein der Deutsche Verein des Hl. Landes, sondern auch Se. Majestät der Papst vertreten ist, um Allerhöchstdenselben als den Schutzherrn der religiösen Interessen der deutschen Reichsangehörigen daselbst zu begrüßen. Welch einen tiefen Eindruck würde es aber nicht allein auf die deutschen Katholiken, sowie den Hl. Stuhl, sondern auf die ganze katholische Welt machen, wenn Se. Majestät dann in Allerhöchster Person den Deutschen Verein vom Hl. Lande und also die deutschen Katholiken in den Besitz des Coenaculums einführen würden! Einen größeren Schlag würde man dem französischen Einflusse nicht versetzen können!“

Kopp hatte Leo XIII. über die geplante Rückgewinnung des Coenaculums informiert und dessen Zustimmung gefunden⁷⁸. Als der Kardinal auf der Rückreise in Wien bei Außenminister Graf von Goluchowski sondierte, fand er auch dort grundsätzliche Zustimmung⁷⁹.

Aber auch der Hl. Land-Verein blieb nicht untätig. Am 18. April, also bald nach der Rückkehr Kopp's, der Janssen sofort informiert hatte, wandte dieser sich noch einmal an Bülow⁸⁰. Der Vereinsvorstand, so schrieb er, habe mittlerweile einen förmlichen Ankaufbeschuß gefaßt und

⁷⁸ 20. März 1898 Kopp an O. Bülow; B 12.

⁷⁹ Goluchowski ging davon aus, daß „der Erwerb ein gemeinschaftlicher ‚pro indiviso‘ sei, indem man sich über die näheren Modalitäten leicht werde einigen können.“

^{28.} März 1898 Kopp an B. Bülow; B 12.

⁸⁰ 18. April 1898 Janssen an B. Bülow; B 12.

bitte die Regierung nochmals um ihre Vermittlung. Dabei hob Janssen die nationalen Aspekte des geplanten Erwerbs massiv hervor, verschwieg aber auch nicht, daß einige deutsche Bischöfe „nicht mit ganzer Sache für diese nationalen Bestrebungen des Vereins“ zu gewinnen seien und lieber eine „der Mission zugewandte Tätigkeit desselben“ sähen. „Die Früchte unserer Arbeit würden jedoch rascher reifen, unsere Erfolge würden noch größer und nach außen erkennbarer sein, wenn das Deutsche Reich Tatsachen schüfe, welche in augenscheinlicher Weise die Bedeutung bekundeten, die das Reich der Entwicklung katholischer deutsch-nationaler Werke in der terra sancta beilegt.“

Bülow ließ nun durch Marschall recherchieren, ob ein Erwerb des fraglichen Grundstückes überhaupt möglich sei⁸¹. Dabei ergab sich, daß das Coenaculum nicht zu erwerben war⁸². Religiöse Gründe, so führte der Botschafter aus, machten es dem Sultan unmöglich, in seine Abtretung einzuwilligen. „Es würde in diesem Fall eine solche Erregung durch die ganze islamische Welt gehen, die das Ansehen, ja selbst die Existenz des Sultans gefährden könnte, denn es würde sofort die Frage aufgeworfen werden, ob ein Sultan, der eine solche Handlung begeht, überhaupt noch die Eigenschaften besitzt, um die Würde eines Kalifen zu bekleiden.“ Eine Verletzung des religiösen Gefühls könne sogar die deutsch-türkische Freundschaft schädigen. Wenn nun aber auch das Coenaculum nicht zu erwerben sei, so gelte das nicht von der Dormition, einem unbebauten Grundstück. Evtl. Verhandlungen seien freilich nicht mit den Eigentümern zu führen, da diese einen überhöhten Preis forderten. Statt dessen könne der Sultan das Gelände erwerben und es zum gleichen Preis weitergeben. Bülow griff diesen Vorschlag auf und berichtete dem Kaiser am 4. Juni, wobei er seine Argumentation ausschließlich auf den Machtzuwachs des Reiches abstellte⁸³. Nach seiner Meinung sollte man alles unterstützen, „was einerseits dem französischen Prestige in der Levante Abbruch tun und andererseits den neuerdings mehr hervortretenden Antagonismus der deutschen gegen die französischen Katholiken in Orientangelegenheiten wachhalten kann.“ Falls der Hl. Land-Verein in der Lage sei, den Kaufpreis von 120 000 frs. aufzubringen, möge man ihm beim Ankauf helfen. Die Aufbringung dieser Summe bildete offenbar kein großes Problem⁸⁴, so daß Bülow den Botschafter mit weiteren Verhandlungen beauftragen konnte⁸⁵. Es waren die gleichen Tage, in denen Janssen einen letzten erfolglosen Versuch unternahm, Leo XIII. zur Annahme eines türkischen diplomatischen Vertreters zu bewe-

⁸¹ 23. April 1898 B. Bülow an Marschall; C 1.

⁸² 28. Mai 1898 Marschall an Hohenlohe; C 1.

⁸³ 4. Juni 1898 B. Bülow an Wilhelm II.; C 1.

⁸⁴ 27. Juni 1898 Janssen an Unbekannt nebst 14. Juli 1898 Vorstandsprotokoll Hl.-Land-Verein; C 1.

⁸⁵ 23. Juli 1898 B. Bülow an Marschall; C 1.

gen⁸⁶. Als sich bereits die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen abzeichnete, wurde die Situation durch ein weiteres Ereignis zusätzlich belastet. Der Vorstand des Hl. Land-Vereins hatte nämlich beschlossen, den Kölner Weihbischof Hermann Joseph Schmitz und einige andere Vorstandsmitglieder nach Jerusalem zu entsenden, um bei der Anwesenheit des Kaisers die deutschen Katholiken zu vertreten – von der Anwesenheit eines Kardinals, die Kopp im Februar in Aussicht gestellt hatte⁸⁷, war längst keine Rede mehr⁸⁸. Als Schmitz vorsorglich in Rom anfragte, ob evtl. Bedenken gegen seine Palästina-reise bestünden, erhielt er eine scharfe Absage. Diese ist auf dem Hintergrund jenes Schriftwechsels zu sehen, den Leo XIII. im August 1898 mit dem Erzbischof von Reims, Benoit Marie Kardinal Langénieux, einem der bedeutendsten unter den französischen Kirchenfürsten, geführt hatte. Dieser hatte sich nachdrücklich für den Fortbestand des französischen Protektorates eingesetzt. Am 20. August hatte der Papst dann die Gründung eines entsprechenden Nationalkomitees ausdrücklich begrüßt⁸⁹. Der französische diplomatische Einfluß wurde jetzt wieder so stark, daß Marschall am 11. September besorgt telegraphierte, er fürchte, die deutschen Institute könnten anläßlich der Kaiserreise gezwungen werden, die französische Flagge zu zeigen⁹⁰. „Vor allem fürchte ich, daß die protestantische Geistlichkeit, die an sich gern bereit ist, protestantischen Feiern eine Spitze gegen Rom zu geben, in ihrem Eifer noch erheblich gestärkt werden wird, wenn sie dort deutschen Katholizismus und Franzosentum vereinigt findet.“ Marschall hatte dem türkischen Außenminister erklärt, er werde jeden Versuch, „dem angeblichen französischen Schutzrecht Geltung zu verschaffen . . . nach wie vor als versuchten Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reiches mit Entschiedenheit zurückweisen.“

Eine französische Flagge auf deutschen Instituten wäre in der für nationale Symbole besonders empfänglichen Epoche selbstverständlich vom Kaiser wie von der ganzen Bevölkerung als schwere Provokation betrachtet worden. Daher drängte Bülow auf Gegendemonstrationen, u. a. darauf, daß Wilhelm II. die Oberen der deutschen Institute demonstrativ empfang⁹¹. „Die Voraussetzung für diesen Beweis kaiserlicher Gnade ist selbstverständlich, daß die genannten deutschen Anstalten und ihre Leiter sich auf den Boden des deutschen Protektorats stellen und dies auch durch ihre äußere Haltung (Flaggen usw.) dokumentieren . . . Wir werden die dem Deutschen Reich als souveränem Staat zustehenden und unanfechtbaren Rechte und Pflichten gegenüber deutsch-katholischen Anstalten und Unter-

⁸⁶ Vgl. o. S. 35.

⁸⁷ Vgl. o. S. 37.

⁸⁸ Hierzu und zum folgenden 11. August 1898 Aktennotiz C. Bachem und 12. August 1898 Arenberg an Bachem; E.

⁸⁹ Text: ASS 31 (1898/99) 193–195.

⁹⁰ 11. September 1898 Marschall an Ausw. Amt; B 13.

⁹¹ 19. September 1898 B. Bülow an Ausw. Amt; B 14.

tanen wie überall so auch im Orient nicht verkümmern lassen, rechnen aber auf die patriotische Mitwirkung der deutschen Katholiken im Inland.“ Diese ließ sich über Arenberg, der engen Kontakt zum Hl. Land-Verein unterhielt, leicht erreichen⁹². Am 29. September wies Janssen die Leiter der deutschen Institute jedenfalls an, unter keinen Umständen ein französisches Hoheitsabzeichen zu zeigen⁹³. Das Auswärtige Amt drängte gleichzeitig auf Beschleunigung der Verhandlungen um den Ankauf der Dormition und auf strengste Geheimhaltung⁹⁴. Am 2. Oktober gab Abdulhamid schließlich sein grundsätzliches Einverständnis⁹⁵. Marschall, der in Konstantinopel trotz seiner kurzen Amtszeit bereits über beachtlichen Einfluß verfügte, gelang es schließlich, den Ankauf definitiv durchzusetzen⁹⁶. Das Grundstück wurde in der Eile zunächst auf den Namen des Generalkonsuls Tischendorf eingetragen⁹⁷.

Während die Ankaufsverhandlungen also trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich endeten, ereignete sich unmittelbar vor Beginn der Reise des Kaisers (12. Oktober) noch einmal ein Eklat, der zunächst beachtliches Aufsehen erregte, dann aber doch keinen ernsthaften Schaden anrichtete. Am 8. Oktober empfing Leo XIII. einen der großen von Léon Harmel (Reims) geführten französischen Arbeiterpilgerzüge. In seiner Ansprache beschränkte er sich jedoch nicht auf eine Stellungnahme zur sozialpolitischen Entwicklung, er nahm die Anwesenheit einiger Mitglieder des Assumptionistenordens, der im Orient arbeitete, zum Anlaß, seinen Brief an Langénieux zu rekapitulieren und das französische Orientprotektorat erneut zu bestätigen⁹⁸. Wilhelm II. empfand die Erklärung zu diesem Zeitpunkt als persönliche Brückierung für ihn als „Schutzherrn“ der deutschen Reichsangehörigen und deutschen katholischen Interessen⁹⁹. Daher verfügte er eine demonstrative Abberufung des Gesandten beim Hl. Stuhl, der sich gerade in Urlaub befand¹⁰⁰. Diese Nachricht erreichte O. Bülow in Karlsruhe, wo er auf der Rückreise nach Rom erkrankt war¹⁰¹. Bereits am 5. Oktober waren in einem Gespräch mit B. Bülow sein Abschiedsgesuch für Ende Oktober und die Abberufung für November vorgesehen worden. Ob Bülow wirklich

⁹² 20. September 1898 Mumm an Arenberg; B 14.

⁹³ 29. September 1898 Janssen an die Leiter der deutschen Institute; B 14.

⁹⁴ 12. September 1898 Ausw. Amt an Marschall; C 1.

⁹⁵ 2. Oktober 1898 Marschall an Ausw. Amt; C 1.

⁹⁶ 7. Oktober und 13. Oktober 1898 Marschall an Ausw. Amt; C 1.

⁹⁷ Die Urkunde über den Erwerb durch den Kaiser in C 3.

⁹⁸ Text: Osservatore Romano 8./9. Oktober 1898. Bericht darüber 9. Oktober 1898 Below an Hohenlohe; B 15.

⁹⁹ Eigenhändiges Marginal Wilhelms II. zum Bericht Belows vom 3. Oktober 1898: Leo XIII. habe „in unverschämter Weise den Langénieux-Brief bestätigt“. B 14.

¹⁰⁰ 9. Oktober 1898 B. Bülow an O. Bülow: „Auf Allerhöchsten Befehl Sr. M. er suche ich Ew. &, bis auf weiteres nicht nach Rom zurückzukehren.“ B 14.

¹⁰¹ Diese und die folgenden Mitteilungen, soweit nicht anders belegt, nach freundlicher Auskunft des Auswärtigen Amtes.

ein so schwacher Gesandter war, wie Chr. Weber behauptet¹⁰², sei dahingestellt. Kopp hatte sich jedenfalls wenige Monate zuvor noch für seinen Verbleib ausgesprochen¹⁰³. Auf Veranlassung des Staatssekretärs schrieb er jetzt sein Abschiedsgesuch¹⁰⁴. Darin begründete der fast 71jährige seinen Schritt selbstverständlich mit seinem Alter und seinem Gesundheitszustand. Er fügte dann aber hinzu: „Endlich leugne ich nicht, daß die neuerliche politische Haltung der Kurie gegenüber der Regierung unseres Allergnädigsten Herrn meine Dienstfreudigkeit beeinträchtigt und mir für absehbare Zeit die Zuversicht auf eine gedeihliche Wahrnehmung meiner bisherigen amtlichen Funktion geraubt hat.“

In der Öffentlichkeit erregte die Bekanntgabe dieser personalpolitischen Entscheidung das beabsichtigte Aufsehen. Die katholische Bevölkerung und das Zentrum standen dabei ganz auf seiten der Regierung. Dafür ist ein wohl von Arenberg inspirierter Artikel charakteristisch, der am 11. Oktober in der *Germania* erschien. Dort hieß es, man vermute, das Auswärtige Amt habe „damit nicht so sehr dem Hl. Vater als dem Kardinalstaatssekretär Rampolla seine Mißstimmung über die Protektoratsfrage... kundgeben wollen, damit aber zugleich betont, daß Deutschland, welches seine eigenen Landeskinder im Orient selbst zu schützen gewillt und imstande ist, kraft seiner Souveränitätsrechte in diesem Punkte von keiner anderen weltlichen Macht, insbesondere nicht von der französischen Regierung mit ihren Protektoratsansprüchen eine Einmischung dulden will.“¹⁰⁵ Die katholische Presse hat diese Version, über die Rampolla äußerst verstimmt war, allgemein übernommen¹⁰⁶. Der Kardinalstaatssekretär hat dagegen versucht, der päpstlichen Verlautbarung jede antideutsche Spitze abzusprechen, da sie lediglich den Status quo bestätigt habe¹⁰⁷. Andererseits wollte freilich die Reichsregierung eine allzu starke Verstimmung Rampollas vermeiden und so führte dann die Einholung des *Agréments* für den neuen preußischen Gesandten Wolfram Freiherr von Rotenhan am 16. Oktober, die Rampolla auch bald aussprechen konnte, das Ende der flüchtigen Verstimmung herbei.

¹⁰² „Mit Otto von Bülow sank die preußische Vatikangesandtschaft wirklich zur bloßen Poststelle ab.“ *Chr. Weber*, Quellen und Studien (Anm. 22) 467.

¹⁰³ 28. März 1898 Kopp an B. Bülow: Er halte das Verbleiben O. Bülows in Rom „für unsere Beziehungen noch immer für ersprießlich“. B 12.

¹⁰⁴ Es ist datiert vom 10. Oktober 1898. Dazu auch 27. Oktober 1898 O. Bülow an Graf Pourtalès: „Da ich in dieser Anheimgabe den Wunsch erblicken zu sollen glaubte, die gegen den Vatikan geplante Demonstration durch die Nachricht meines Rücktrittes zu verstärken, so gab ich derselben umgehend Folge...“

¹⁰⁵ Ausschnitt: B 15.

¹⁰⁶ So 12. Oktober 1898 Monts (München) und 13. Oktober 1898 Eisendecker (Karlsruhe) an Hohenlohe, (B 15). Am 13. Oktober 1898 hatte auch Stablewski dem Kardinalstaatssekretär die Erregung des katholischen Volksteiles geschildert. So 15. Oktober 1898 Below an Ausw. Amt; B 15.

¹⁰⁷ 21. Oktober 1898 Below an Hohenlohe; B 15.

Unterdessen nahm die Orientreise des Kaisers ihren glanzvollen Verlauf und steigerte den Monarchen in eine immer festlichere Stimmung. Daher äußerte er den Wunsch, das Grundstück auf dem Sion nicht nur für den Hl. Land-Verein zu erwerben, sondern das auch in möglichst feierlicher Form bekanntzugeben. Die strenge Geheimhaltung der Ankaufverhandlungen hatten es dem Verein jedoch nicht möglich gemacht, Vorbereitungen für die Entgegennahme der kaiserlichen Erklärung zu treffen. Janssen konnte z. B. nicht mehr rechtzeitig in Jerusalem eintreffen¹⁰⁸. Daher beauftragte er die beiden in den Anstalten des Vereins tätigen Lazaristen W. Schmidt und Z. Bieber, die kaiserliche Erklärung entgegenzunehmen¹⁰⁹. Auch andere Einzelheiten wurden erst in den letzten Tagen entschieden. So riet Arenberg, „es sei besser, das Grundstück nicht aus der Hand zu geben, ehe nicht alle Bedingungen erfüllt seien, um dasselbe unter deutschen Schutz zu stellen, und er rate davon ab, das Grundstück etwa an Piavi zu übergeben.“¹¹⁰ Daher entschloß sich der Kaiser, die für den Ankauf erforderliche Summe persönlich bereitzustellen und es dem Verein zu überlassen, seine eigenen Mittel anderweitig zu verwenden¹¹¹. Wilhelm II. behielt das Grundstück als persönlichen Besitz, stellte es dem Verein aber zur freien Nutznießung zur Verfügung¹¹². Nach seiner Vorstellung sollten dort eine Kirche, wozumöglich mit einer Benediktinerniederlassung entstehen¹¹³. Bis zur öffentlichen Grundstückübergabe sollte die Angelegenheit vertraulich behandelt, dann aber in der Presse auf ihre große Bedeutung hingewiesen werden „unter dem Gesichtspunkt einmal kraftvoller, praktischer Betätigung des Kaiserlichen Schutzes über alle deutschen Katholiken im Auslande wie im Inlande, sodann der Aufrechterhaltung vollster Parität, angesichts der Kircheneinweihung aber auch weiter unter dem Gesichtspunkt energischer Wahrung und Förderung unserer nationalen Interessen.“¹¹⁴

Am Nachmittag des Reformationsfestes, dem 31. Oktober, übergab Wilhelm II. das Grundstück in Anwesenheit Piavis den Vertretern des Vereins¹¹⁵. Neben der glanzvollen Einweihung der Erlöserkirche, die am Vormittag in Anwesenheit der Spitzen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands und anderer europäischer Länder stattgefunden und bei der der Kaiser selbst eine längere Rede gehalten hatte, fiel dieser, wiewohl würdige Akt, vergleichsweise bescheiden aus, was die evangelischen Chro-

¹⁰⁸ So 17. Oktober 1898 Richthofen an B. Bülow (C 1) und 27. Oktober 1898 Aktennotiz von Bachem (E).

¹⁰⁹ 20. Oktober 1898 Janssen an Arenberg und 20. Oktober 1898 Richthofen an B. Bülow (C 1).

¹¹⁰ 17. Oktober 1898 Richthofen an B. Bülow; C 1.

¹¹¹ 25. Oktober 1898 B. Bülow an Richthofen; C 1.

¹¹² 1925 wurde es dann auf den Erzbischöflichen Stuhl Köln übertragen; V. Cramer (Anm. 8) 47 Anm.

¹¹³ 19. Oktober 1898 B. Bülow an Ausw. Amt; C 1.

¹¹⁴ 25. Oktober 1898 B. Bülow an Richthofen; C 1.

¹¹⁵ Das deutsche Kaiserpaar im Heiligen Lande (Anm. 1) 257–268.

nisten der Reise mit Befriedigung konstatierten. Dabei hißten Matrosen auf dem Grundstück die kaiserliche Standarte – ein für die symbolgewohnte Zeit eindruckliches Zeichen, das zugleich gegen die französischen Ansprüche gerichtet war. Die weiteren Schritte folgten einer Anregung von Arenberg¹¹⁶. Der Kaiser hatte die Bereitstellung des Grundstückes bereits am 29. Oktober Leo XIII. und Kopp mitgeteilt, während die Mitteilung an Janssen und Max Graf Droste zu Vischering einen Tag später erfolgt war¹¹⁷. Kopp und Krementz (für den Hl. Land-Verein) dankten zwar umgehend für die großherzige Schenkung, doch erwartete Wilhelm II. eine Adresse des gesamten Episkopates. Am 1. November telegraphierte Bülow daher an das Auswärtige Amt: „Es würde innen- und außenpolitisch für unsere weitere Haltung von großer Bedeutung sein, wenn die deutschen Bischöfe für die Erwerbung der Dormition und ihre Überweisung an die deutschen Katholiken Seiner Majestät in corpore und baldmöglichst ihren Dank darbringen würden. Ich stelle anheim, von dort aus – ganz vertraulich und ohne eine Anregung von hier durchblicken zu lassen – die erforderlichen Schritte zu tun.“¹¹⁸ Arenberg, der als Verbindungsmann zur Bischofskonferenz fungierte, hielt den Erfolg dieser Bitte zwar für fraglich, da Krementz und Kopp ihren Dank ja bereits ausgesprochen hatten¹¹⁹, setzte sich aber über Weihbischof Schmitz bei Krementz doch nachdrücklich dafür ein¹²⁰. Der Kardinal, der zugleich Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz war, war einem solchen Schritt nicht abgeneigt, doch änderte ein vom 1. November datiertes Schreiben Leo XIII. die Situation dann sehr erheblich¹²¹. Darin wies der Papst nachdrücklich darauf hin, daß er den deutschen Katholiken wiederholt – z. B. in der Frage des französischen Protektorats in China¹²² – entgegengekommen sei, daß er andererseits aber auch die wohlerworbenen Rechte anderer Nationen respektieren müsse. Das Schreiben schloß mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Haltung der deutschen katholischen Presse, die während der letzten Wochen die päpstliche Autorität nicht genügend respektiert habe. Er hoffe, daß die Bischöfe Abhilfe schafften.

¹¹⁶ Dazu 17. Oktober 1898 Richthofen an B. Bülow; C 1.

¹¹⁷ Schriftwechsel in C 1.

¹¹⁸ 1. November 1898 B. Bülow an Ausw. Amt; C 2.

¹¹⁹ So 2. November 1898 Richthofen an B. Bülow; C 2.

¹²⁰ 3. November 1898 Arenberg an Schmitz, in: *E. Gatz* (Hrsg.), *Akten der Fuldaer Bischofskonferenz 2: 1888–1899* (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 27) (Mainz 1978) Dok. 741.

¹²¹ 1. November 1898 Leo XIII. an Krementz (D). Dieses Schreiben hat Stablewski aus Rom überbracht. So 4. November 1898 Below an Hohenlohe; B 16.

¹²² Das Auswärtige Amt hatte schon 1882 Anspruch auf Schutz der deutschen Steyler Missionare in Shantung erhoben, doch konnte es diesen gegen das traditionelle französische Protektorat erst 1890 definitiv durchsetzen. *Fr. Bornemann*, *Janssen* (Anm. 7) 248–256.

Als diese sich am 8. und 9. November unter dem Vorsitz von Kopp in Fulda zu einer Konferenz zusammenfanden – Kremenz mußte ihr aus Altersgründen fernbleiben – kam die Dankadresse an den Kaiser nur am Rande zur Sprache¹²³. Nach dem päpstlichen Schreiben und weil die beiden Kardinäle dem Kaiser schon gedankt hatten, glaubten die Bischöfe von einer nochmaligen Adresse absehen zu sollen. Den Vorwurf Leos XIII. gegen die katholische Presse nahmen sie jedoch nicht hin. In einem von dem Trierer Bischof M. Felix Korum entworfenen Schreiben wies Kremenz vielmehr im Auftrag der Konferenz darauf hin, daß der verfehlte Ton einiger Zeitungen durch nationalistische Äußerungen französischer Organe provoziert worden sei, die die Pilgeransprache Leos XIII. vom 8. Oktober als nationalen französischen Triumph über Deutschland interpretiert hatten¹²⁴. Im übrigen sei die Papsttreue der katholischen Presse unantastbar.

Obwohl die Bischöfe eine Dankadresse abgelehnt hatten, berichtete die *Germania* am 9. November: „Gutem Vernehmen nach haben die versammelten preußischen Oberhirten eine Dankadresse an den Kaiser für die Schenkung der Dormition zu richten beschlossen.“ Wie es zu dieser Fehlmeldung gekommen war, die man ja faktisch nicht dementieren konnte, ohne größtes Aufsehen zu erregen, ist nie geklärt worden. Als die am stärksten mit der Sache befaßten Zentrumsabgeordneten Arenberg und Bachem über die tatsächliche Entschließung der Konferenz informiert wurden, waren sie bestürzt. Bachem schrieb am 13. November, man müsse jetzt die Sache auf sich beruhen lassen. „Sie ist irreparabel. Gott der Herr muß wissen, warum er das zugelassen hat.“¹²⁵ In dieser peinlichen Situation brachte ein zweites Schreiben Leos XIII. an Kremenz, das im Gegensatz zu dem ersten Schreiben bald danach veröffentlicht wurde, die Lösung. Es war vom 11. November datiert und sprach sich noch einmal höchst anerkennend über das Geschenk Wilhelms II. aus¹²⁶. Der Papst gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß viele deutsche Katholiken das Heiligtum als Pilger besuchten¹²⁷. Unter diesen Umständen und weil der Kaiser nach dem Pressebericht eine Dankadresse erwarten durfte, schlug Kremenz sie den Mitgliedern der Bischofskonferenz doch noch vor¹²⁸. Den Entwurf dafür lieferte Kopp. Die meisten Bischöfe akzeptierten ihn ohne Bedenken. Es ist jedoch aufschlußreich, daß Korum, in der Bischofskonferenz der Exponent kritischer

¹²³ Vgl. *E. Gatz*, Bischofskonferenz (Anm. 120) Dok. 743.

¹²⁴ 13. November 1898 Kremenz an Leo XIII.; D.

¹²⁵ 13. November 1898. C. Bachem an Unbekannt; E.

¹²⁶ 11. November 1898 Leo XIII. an Kremenz; D.

¹²⁷ Das Schreiben in deutscher Übersetzung nebst einen Hirtenbrief von Kremenz in: *Kirchlicher Anzeiger Köln* 39 (1899) Nr. 22.

¹²⁸ 14. November 1898 Kremenz an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz; *E. Gatz*, Bischofskonferenz (Anm. 120), Dok. 748. Ebd. die Belege für die folgenden Mitteilungen.

Distanz zur Regierung, eigens für den Beitritt gewonnen werden mußte¹²⁹. Er wünschte jedenfalls, daß man in dem Schreiben jede Anspielung auf eine Art kaiserliches „Protektorat“ im Orient vermeide¹³⁰. Korum hatte sich in der Tat zusammen mit Erzbischof Stablewski von Gnesen-Posen auf der Konferenz gegen das geplante Schreiben gewandt, wo beide, eben aus Rom zurückgekehrt, die „volle Ungnade, in welche die deutschen Katholiken wegen ihrer independenten Haltung im Vatikan verfallen“ waren, geschildert hatten. Diese Information hatte Kopp über de Montel an den preußischen Geschäftsträger gelangen lassen¹³¹. Kremenz ließ jedenfalls den von den Bischöfen akzeptierten Text seit dem 21. November zur Unterschrift zirkulieren¹³². In Berlin hielt man das Schreiben immerhin für so wichtig, daß es am 10. Dezember 1898 im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde¹³³.

Wilhelm II. hat an der Dormition und an der Arbeit des Hl. Land-Vereins auch weiterhin lebhaften Anteil genommen. Das beweisen schon die zahlreichen Randbemerkungen, die er zu den einschlägigen Korrespondenzen machte¹³⁴. Dabei entbehrt es nicht der Merkwürdigkeit, daß er mit P. Schmidt in regem, fast freundschaftlichem Kontakt blieb und dessen Anregungen und Empfehlungen sogar aufgriff, obwohl dieser einer im Reich seit 1872 verbotenen Kongregation angehörte.

Der Rückhalt des Reiches war dem Verein noch mehrfach von großem Nutzen, so bei den Verhandlungen um den Bau der Marienkirche auf dem Sion¹³⁵ und bei dem Erwerb eines wertvollen Grundstückes vor dem Damaskustor, auf dem später ein Hospiz entstand¹³⁶. Andererseits fügte sich die Vereinsarbeit, jedenfalls so wie Janssen sie verstand und ein Jahr vor seinem Tod umriß, ganz in das außenpolitische Konzept der Ära Bülow: „Vertrauend auf die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und gestützt durch die starke Regierung des Deutschen Reiches werden wir mit Gottes Hilfe eifrigst weiter wirken in Ausbreitung deutschen Einflusses im Palästinaland.“¹³⁷ Sobald die Kirche auf dem Sion und das Hospiz vor dem Damaskustor vollendet seien, sei auch Deutschland an hervorragenden Plätzen der Heiligen Stadt vertreten „und das gepriesene französische Prestige wird sich eine Konkurrenz gefallen lassen müssen, welche die Machthaber der

129 15. November 1898 Kreuzwald an Korum: „Seine Eminenz beauftragen mich . . . Euer Bischöflichen Gnaden ehrerbietigst zu bitten, das bezügliche Rundschreiben, welches heute noch zur Versendung kommen dürfte, in wohlwollende Erwägung ziehen zu wollen.“ F.

130 19. November 1898 Korum an Kremenz; D.

131 20. Dezember 1898 Below an Hohenlohe; C 3.

132 E. Gatz, Bischofskonferenz (Anm. 120) Dok. 750.

133 6. Dezember 1898 Wilhelm II. an Kremenz: Dank für die Adresse; E. Gatz, Bischofskonferenz (Anm. 120) Dok. 751.

134 Verschiedene Korrespondenzen: C 3 ff.

135 Dazu V. Cramer (Anm. 8) 49–53.

136 Ebd. 54–56.

137 30. November 1899 Janssen an Mühlberg; B 19.

Republik bewegen dürfte, den ... hohen Ton stark herabzustimmen.“ Auch Weihbischof Schmitz betonte die nationalen Aspekte der Vereinsarbeit in auffällig starker Weise¹³⁸, während P. Schmidt abgewogener über die deutschen Möglichkeiten in Palästina berichtete. Er plädierte vor allem für eine völlige Abstinenz von den immer wieder aufflackernden Auseinandersetzungen um die Rechte der Lateiner an den heiligen Stätten und empfahl statt dessen eine Konzentration auf die sozialen Einrichtungen, womit er auch den Intentionen des Kaisers entsprach. Dieser wandte sich freilich zu Anfang des Jahres 1899, als es in der Geburtskirche wieder zu Zusammenstößen kam und der französische Generalkonsul die Interessen der Lateiner nicht ausreichend vertrat, direkt an Zar Nikolaus II., damit dieser mäßigend auf die Orthodoxen einwirkte¹³⁹. Dieser Weg erwies sich als erfolgreich. Die eigentliche Protektoratsfrage wurde dagegen auf den ausdrücklichen Wunsch Leos XIII. nicht mehr debattiert, weil dieser Prinzipienstreit sich als unfruchtbar und in der damaligen Situation als unlösbar erwiesen hatte¹⁴⁰. Statt dessen konzentrierte der Hl. Land-Verein sich unter dem diplomatischen und moralischen Schutz des Reiches auf den Ausbau seiner Institute.

¹³⁸ So 8. Juni 1899 Schmitz an Unbekannt (im Ausw. Amt): Der Verein gewähre keine Hilfe, wo sich französischer Einfluß geltend mache. B 18.

¹³⁹ B 17.

¹⁴⁰ So 8. November 1898 Below an Hohenlohe (A 5) und 19., 20. Dezember 1898 ein Beitrag im Osservatore Romano.